

# **FESTUNG BRANDENBURG**

## **AUFNAHMESTOPP IST HEIMATSCHUTZ**

**Positionspapier zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

**des Landesvorstands**

**der AfD Brandenburg**

05.05.2023

Der Zustrom sogenannter Flüchtlinge nach Deutschland, und damit auch nach Brandenburg, ebbt nicht ab. Statt einer Entspannung wird selbst von Seiten der Gewerkschaft der Polizei mit den frühlingshaft steigenden Temperaturen von einer deutlichen Zunahme der illegalen Grenzübertritte gerechnet.<sup>1</sup> Die deutschen Außengrenzen sind, trotz erheblichen Sicherheitsverlusten in der heimischen Bevölkerung und wider besseren Wissens, weiterhin ungeschützt und unkontrolliert. Sie gleichen offenen Scheunentoren.

Nachdem Brandenburg bereits 2015 einen neuen Rekord mit der Aufnahme von 28.128 Asylsuchenden verzeichnete<sup>2</sup>, überstieg die Aufnahme im vergangenen Jahr diesen Wert extrem deutlich: 2022 wurden rund 43.000 Flüchtlinge in Brandenburg registriert, insbesondere aus den TOP-8-Asylherkunftsländern und der Ukraine.<sup>3</sup> Und auch in diesem Jahr wird mit etwa 26.000 weiteren Flüchtlingen gerechnet.<sup>4</sup>

Bildlich kann man sich das wie folgt vorstellen:

2015 entspricht der Zustrom einer Stadt der Größe wie Ludwigsfelde.

Die Zahlen der Jahre 2022 und 2023 ergeben fast 70.000 Personen – im Landkreis Prignitz leben nur ca. 7.000 Menschen mehr. Vergleichbar ist dies aber auch mit der Größe der Stadt Brandenburg Havel.

In einigen Ländern Europas hat bereits ein Umdenken zum Thema Politik der offenen Grenzen stattgefunden: Schweden, Großbritannien, Italien, Ungarn usw. Die Gefahr, dass auch dadurch noch mehr Glücksritter ein besseres Leben in Deutschland, und damit auch in Brandenburg suchen, ist groß.

In vielen westdeutschen Großstädten konnte das Entstehen von Parallelgesellschaften in den letzten Jahren mitverfolgt werden. Kriminalitäts-Schwerpunktgebiete, rechtsfreie Räume und No-Go-Areas,

---

<sup>1</sup> <https://www.presseportal.de/pm/58964/5467061>

<sup>2</sup> <https://polizei.brandenburg.de/pressemeldung/zahl-der-fluechtlinge-erreichte-2015-neu/133872>

<sup>3</sup> Aussage der Landesregierung in der Sitzung des ASGIV am 11.01.2023

<sup>4</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/03/brandenburg-unterbringung-gefluechtete-konzept.html>

sind abschreckende Beispiele. Eine solche Entwicklung wollen wir bei uns nicht!

### Kommunen wehren sich gegen die Flüchtlingslast

Dieser Flüchtlingsboom übersteigt sämtliche Kapazitäten und stellt die Zahl der Merkel-Gäste von 2015 deutlich in den Schatten.

Brandenburgs Landräte forderten bereits zu Beginn dieses Jahres einen Flüchtlingsstopp.<sup>5</sup>

Und auch die Landesregierung selbst erkannte bereits zu Beginn des Jahres, dass Landkreise und kreisfreie Städte an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sind.<sup>6</sup> Allerdings folgte bislang weder eine Begrenzung der Aufnahme noch ein Umsteuern in der Asyl- und Migrationspolitik. Stattdessen wird immer mehr Geld bereitgestellt:

57,4 Millionen Euro flossen zusätzlich aus dem „Brandenburg Paket“ für die Unterbringung von Flüchtlingen. Aber Geld alleine löst nicht die Probleme. Die bereits regional bestehende Unterversorgung bzgl. Kitaplätzen für Familien wird durch einen weiteren Zustrom massiv verschärft – bereits jetzt können teilweise keine Kitaplätze angeboten werden. Ähnlich sieht es im Bereich Schule und Bildung aus.<sup>7</sup> Städte und Gemeinden bräuchten für die bereits in Brandenburg registrierten Flüchtlinge rund 5.000 zusätzliche Schulplätze und ebenso viele neue Kitaplätze.<sup>8</sup>

Aber trotz der Forderungen der Landräte nach einem Aufnahmestopp in Brandenburg und fast flächendeckend ausgeschöpfter Kapazitäten sollen neue Unterkünfte entstehen. Beispielsweise hier:

---

<sup>5</sup> <https://www.bz-berlin.de/brandenburg/landraete-fordern-fluechtlings-stopp>

<sup>6</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/02/gefluechtete-brandenburg-rekord-2022-prognose-2023.html>

<sup>7</sup> Flüchtlingsgipfel in Brandenburg - Sozialdezernentin von Teltow-Fläming: Geld reicht nicht | rbb24 Inforadio

<sup>8</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/03/brandenburg-konferenz-gefluechtete-termin-verschoeben.html>

**Kyritz:** Ein- oder zweigeschossiges Containerdorf in Kyritz für 180-200 Flüchtlinge<sup>9</sup>

**Herzberg:** Flüchtlingsunterbringung in Herzberg im Landkreis OPR im einstigen Hotel „Weißes Haus“, wobei weder Einkaufsmöglichkeiten noch freie Kitaplätze vor Ort existieren. Da der Schulbus bereits jetzt voll belegt ist, fragt sich die ehrenamtliche Bürgermeisterin bspw., wie die Bewohner nach Neuruppin zu Sprachkursen kommen wollen.<sup>10</sup>

**Heiligengrabe:** Im ehemaligen Motel am Ortsrand soll eine neue Unterkunft für ca. 80 Flüchtlinge entstehen.<sup>11</sup>

**Klosterfelde:** Durch Umnutzung eines bestehenden Objektes soll eine neue Flüchtlingsunterkunft geschaffen werden. Anwohner sprachen bereits vor Wochen von zu wenig Kitaplätzen oder ärztlicher Versorgung und einer ungenügenden ÖPNV-Anbindung.<sup>12</sup>

**Potsdam:** geplanten Großunterkunft für Geflüchtete im Nedlitzer Holz. Für Baukosten inklusive Anschaffung wird von 20 Millionen Euro, für den Betrieb über vier Jahre mit 34,5 Millionen Euro ausgegangen.<sup>13</sup>

**Wiesenu:** Eine ehemalige Pension soll angemietet werden zur Unterbringung von Asylanten.<sup>14</sup>

**und viele weitere.**

Während etliche Politiker der Altparteien sich und der Gesellschaft vortäuschen, es kämen seit Jahren die erhofften Fachkräfte nach Deutschland, wir würden außerdem kulturell bereichert, spricht der sog. Seenotretter Steier (Mission Lifeline) davon, dass

---

<sup>9</sup> <https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/kyritz/kyritz-bekommt-das-containerdorf-fuer-fluechtlinge-eine-oder-zwei-etagen-ISGRRRPL2JDNHJM3R6BPLKPJJA.html>

<sup>10</sup> <https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/lindow/amt-lindow-landkreis-opr-will-75-fluechtlinge-in-herzberg-unterbringen-CR7UUIIXHZGC3ACRRDHU74VXDY.html>

<sup>11</sup> <https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/heiligengrabe/heiligengrabe-inforunde-zur-fluechtlingsunterkunft-SQU67UWUCVDTHCFVGU4HR6CPAM.html>

<sup>12</sup> <https://www.openpetition.de/petition/online/uebergangswohnheim-klosterfelde-stoppen#petition-main>; <https://www.rbb-online.de/wirmuessenreden/videos/immer-mehr-fluechtlinge-kommen-wir-ans-limit.html>

<sup>13</sup> <https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/containerdorf-fuer-gefluechtete-kostet-potsdam-50-millionen-euro-CXAUVA3JENFC7FMVIKU2GUYJKY.html>

<sup>14</sup> <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/beitraege/2023/02/weisenu-asylunterkunft-pension-landkreis-oder-spree.html>

„durch die Aufnahme von Migranten aus Ländern außerhalb Europas die deutsche Gesellschaft [sich] mischt und es deshalb irgendwann keine weißen Deutschen mehr gibt.“<sup>15</sup>

**Unser politisches Ziel ist es, das deutsche Volk, seine Sprache und seine gewachsenen Traditionen langfristig erhalten zu wollen. Wie die UN-Erklärung von Mexiko-City über Kulturpolitik 1982 bereits feststellte, hat jedes Volk auch das Recht, seine kulturelle Identität zu erhalten und zu schützen. Das Staatsvolk bleibt aber u.a. auf lange Sicht nur Träger der deutschen Kultur und Identität, wenn die Zahl der in Deutschland aufgenommenen und eingebürgerten Personen die Integrationskraft der deutschen Gesellschaft nicht übersteigt.**

---

<sup>15</sup> <https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/fluechtlingshelfer-beschimpft-deutsche-als-weissbrot-warum>

## **Wir stellen fest:**

1. Das Staatsversagen von 2015 wiederholt sich und ist erneut in vollem Gange. Die Bundesregierung lässt all die Kritik an der Asyl- und Migrationspolitik lautlos verhallen – 2015 unter Angela Merkel (CDU), heute unter Olaf Scholz (SPD).
2. Kommunen fühlen sich wie bereits 2015 von Bundes- und Landesregierung im Stich gelassen. So ergeht es auch den Landräten, die bereits Anfang diesen Jahres ein Flüchtlings-Stopp forderten.<sup>16</sup>
3. Die Migrationspolitik der Bundesregierung stößt bei der Mehrheit in Deutschland auf Ablehnung. Laut einer Civey-Umfrage für FOCUS online sagen 74%, dass Deutschland seit 2015 zu viele Geflüchtete aufgenommen hat. 89% fordern konsequente Abschiebungen.<sup>17</sup>
4. Es hat sich eine neue Balkanroute entwickelt<sup>18</sup>, wonach nur noch wenige Ukraine-Flüchtlinge zu den Antragstellern in Brandenburg zählen, sondern in erster Linie Syrer und Afghanen.<sup>19</sup>
5. Die Landesregierung zeigt weder Anzeichen, die (illegale) Migrationswelle stoppen zu wollen noch sich dafür einzusetzen, dass Regelungen des Schengen-Abkommens geändert werden<sup>20</sup>: Die Möglichkeit von Grenzsicherungen entspräche nicht dem Selbstverständnis der Landesregierung.<sup>21</sup>

---

<sup>16</sup> <https://www.bz-berlin.de/brandenburg/landraete-fordern-fluechtlings-stopp>

<sup>17</sup> Umfrage: Deutschland nahm zu viele Flüchtlinge auf – Grünen-Wähler sind Ausnahme - FOCUS online

<sup>18</sup> <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/brandenburgs-innenminister-klagt-uber-asyltourismus-michael-stubgen-cdu-fordert-starkere-grenzkontrollen-8752963.html>

<sup>19</sup> Umfrage: Deutschland nahm zu viele Flüchtlinge auf – Grünen-Wähler sind Ausnahme - FOCUS online

<sup>20</sup> [https://rbbmediapmdp-a.akamaihd.net/content/3a/09/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d\\_hd720-avc540d.mp4](https://rbbmediapmdp-a.akamaihd.net/content/3a/09/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d_hd720-avc540d.mp4) Aussagen der ersten Minuten

<sup>21</sup> [https://rbbmediapmdp-a.akamaihd.net/content/3a/09/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d\\_hd720-avc540d.mp4](https://rbbmediapmdp-a.akamaihd.net/content/3a/09/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d/3a0938d1-9b9a-479b-b99e-a34d6248478d_hd720-avc540d.mp4) Aussagen der ersten Minuten

6. Wir brauchen keine Landesobhuteinrichtungen für Menschen mit schlechter Bleibeperspektive – wie sie aktuell von CDU-Innenminister Stübgen gefordert wird<sup>22</sup> – sondern schnellere Abarbeitung der Antragsverfahren und Rückführungen.
  
7. 2022 schob Brandenburg lediglich 172 Flüchtlinge ab, 308 reisten freiwillig aus, 4.549 abgelehnte Asylbewerber waren vollziehbar ausreisepflichtig.<sup>23</sup>
  
8. Die TOP-8-Hauptstaatsangehörigkeiten der Asylantragsteller kommen für 2021 aus den Ländern Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei, ungeklärt, Moldau, Nordmazedonien, Georgien. Für 2022 ändert sich lediglich die Ergänzung um den Iran und das Wegfallen der „ungeklärten“ Fälle aus der TOP-8-Liste. Während zum 31.12.2021 in Brandenburg 37.765 Personen der TOP-8-Hauptstaatsangehörigkeiten lebten, steigerte sich diese Zahl zum 31.12.2022 auf 45.619 Personen, während sich die Zahl der aus dem Nicht-EU-Ausland stammenden Personen von 95.828 Personen innerhalb eines Jahres um 46,03% auf 139.935 Personen anstieg.<sup>24</sup>

Im Land Brandenburg lebten laut Ausländerzentralregister an folgenden Stichtagen:

	Stichtag 31.12.2021	Stichtag 31.12.2022	Veränderung
ausländische Personen gesamt	149.443 Personen	197.644 Personen	32,25 %
EU-Staaten	53.615 Personen	57.709 Personen	7,64 %
Nicht-EU-Ausland (Differenz von ausländische Personen insgesamt und EU-Staaten)	95.828 Personen	<b>139.935 Personen</b>	46,03 %
davon Ukraine	5.190 Personen	35.167 Personen	577,59 %
TOP-8-Hauptstaatsangehörigkeiten Asylantragstellender (Summe der jeweils o. g. acht Staaten; enthält alle aus diesen Ländern stammenden Personen, die zum jeweiligen Stichtag im Land Brandenburg lebten unabhängig vom Aufenthaltsstatus)	37.765 Personen	45.619 Personen	20,78 %

<sup>22</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/03/brandenburg-unterbringung-gefluechtete-konzept.html>

<sup>23</sup> <https://www.bz-berlin.de/brandenburg/landraete-fordern-fluechtlings-stopp>

<sup>24</sup> [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_7200/7233.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_7200/7233.pdf)

Im zuletzt verfügbaren Berichtszeitraum Januar bis Oktober 2022 bzgl. der von den Meldebehörden registrierten Wanderungsfälle ergibt sich, dass das Land einen Zuzugsüberschuss erfuhr: die Nettozuwanderung betrug 51.292 mehr Zuzüge als Fortzüge.<sup>25</sup>

9. In Brandenburg ist die Zahl der ausländischen Regelleistungsberechtigten im Zeitraum Juni 2013 von 10.552 Personen auf 39.548 im Jahr Juni 2022 gestiegen. Hauptursache ist der Zustrom sogenannter Schutzsuchender. (Diese Personen sind entsprechend der rechtlichen Regelungen auch Bezieher von Grundsicherungsleistungen geworden)<sup>26</sup>
10. Mit einem NEIN zur Begrenzung der Migration wird der Sinn des Art. 16a GG, dessen Anwendung für einzelne Personen und nicht für die Welt vorgesehen war, ad absurdum geführt und längst ausgehebelt.
11. Die europäische Asylpolitik kostet Menschenleben: Seit 2014 starben mehr als 26.358 Menschen bei der von raffgierigen Schleppern organisierten gefährlichen Fahrt über das Mittelmeer.<sup>27</sup> Allerdings befinden sich unter den Flüchtlingen die nach Deutschland kommen auch Kriminelle. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 wurden insgesamt 170.844 Fälle im Zusammenhang mit versuchten und vollendeten Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde (1.-3. Quartal 2020: 180.699 Fälle).<sup>28</sup> In den ersten drei Quartalen 2021 wurden 251 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, darunter v.a. Totschlagsdelikte. In 61 Fällen richtete sich die

---

<sup>25</sup>[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_7200/7233.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_7200/7233.pdf)

<sup>26</sup>[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_7400/7422.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_7400/7422.pdf)

<sup>27</sup> Ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer bis 2023 | Statista

<sup>28</sup>[https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

Tat (auch) gegen deutsche Staatsangehörige.<sup>29</sup> Den deutschen Sicherheitsbehörden liegen weiterhin Einzelhinweise auf ein gezieltes bzw. organisiertes Einschleusen von Mitgliedern und Unterstützern terroristischer Organisationen mit dem Ziel der Begehung von Anschlägen in Deutschland vor.<sup>30</sup>

12. Das „Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghaninnen und Afghanen“ wurde im März diesen Jahres gestoppt, da Koranabsolventen/Islamisten das Programm missbrauchten und die Gefahr besteht, dass unser Rechtssystem durch islamistische Kreise unterwandert wird.<sup>31</sup>
  
13. Unser Wohlfahrtsstaat ist bereits überlastet. Ohne eine Begrenzung des Zuzugs und immer mehr Sozialversorgung für „jedermann“ (u.a. Bürgergeld, fast ausnahmslose Anerkennung von Syrern, erneute Asylverfahren von bereits in Griechenland anerkannten Flüchtlingen,...) werden wir unseren Sozialstaat bald nicht mehr halten können.

---

<sup>29</sup>[https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

<sup>30</sup>[https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

<sup>31</sup> <https://www.zdf.de/politik/frontal/afghanistan-gefluechtete-aufnahmestopp-baerbock-100.html>;  
Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan - Auswärtiges Amt  
([bundesaufnahmeprogrammafghanistan.de](http://bundesaufnahmeprogrammafghanistan.de))

**Das EU-Asylsystem ist gescheitert! Das eigentliche Ansinnen des Asylsystems wird durch geopolitische und ideologische Interessen verschiedenster politischer Ebenen immer mehr konterkariert.**

**Wir brauchen einen fundamentalen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen keine bessere Verwaltung der Migrationsströme nach Deutschland, insbesondere nach Brandenburg, sondern wir wollen eine Unterbindung.**

**Wir fordern: Schluss mit dem „Welcome Service“ an der Grenze und dem Schlaraffenland-Status.**

**Unsere eigenen Interessen in der Asylpolitik muss Brandenburg stärker im Bund einbringen und Druck aufbauen. Dazu sind wir bereit.**

## **Wir fordern**

### auf Bundesebene:

1. Übernahme des Modells aus Großbritannien und Dänemark zur Asylantragstellung: In Asylzentren haben Asylbewerber die Bearbeitung ihres Antrages abzuwarten.
2. Überarbeitung der Liste der sicheren und unsicheren Herkunftsländer. Bspw. kann bzgl. Syrien für den Großteil des Landes der Bürgerkrieg als beendet angesehen und damit diesen Teil Syriens auch als sicheres Herkunftsland anerkannt werden.
3. Vermehrten Druck auf Bundesregierung ausüben, um Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern abzuschließen, um Rückführungen von ausreisepflichtigen Personen zu erleichtern. Der Bund hat die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die Gewährung von Asyl oder internationalem Schutz nicht in Betracht kommt, wenn der Bewerber sich zuvor in einem „sicheren Drittstaat“ aufgehalten hat.
4. Reform des Schengener Grenzkodexes, so dass nationalstaatliche Grenzkontrollen in eigenem Ermessen durchgeführt werden können.
5. Verschärfung der Kontrollen der deutschen Grenze.

## auf Landesebene:

1. Um unsere Kommunen zu entlasten und die unhaltbaren und gesellschaftszerstörenden Zustände zu beenden, sind der Verteilungsschlüssel, die Zwangszuweisung von Asyl- und Schutzsuchenden auf die Landkreise und Kommunen umgehend auszusetzen. Weiterhin sind ideologiegetriebene Parolen, es werde keine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen geben, zu unterlassen und stattdessen ausreisepflichtige Migranten abzuschieben. Die Interessen Brandenburgs und seiner Bevölkerung stehen für uns an erster Stelle: Wir müssen den Kostenexplosionen, der gestiegenen Kriminalität, dem Wohnraummangel und der vollkommen überforderten Infrastruktur entgegenwirken.
2. Beendigung aller Landesaufnahmeprogramme.
3. Intensive Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung in der Causa „Barnimer Bürger\*innenasyl“ und ähnlicher Organisationen: Beim Verstecken von Menschen vor Abschiebung handelt es sich nicht um zivilen Ungehorsam. Beihilfe zu illegalem Aufenthalt durch Personen, die dazu aufrufen, solche Straftaten zu begehen, sind wegen Anstiftung bzw. öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu verfolgen.<sup>32</sup> Beim Barnimer Bürger\*innenasyl wird vorsätzlich und bereits erfolgreich die Abschiebung verhindert, um die Dublinfrist zu überstehen, damit Deutschland für das Asylverfahren zuständig wird.<sup>33</sup>
4. Kommunen stärken: Einführung eines „Veto-Rechts“ der Gemeinden bei der Verteilung und Aufnahme von Ausländern zur Stärkung der Mitsprache der Kommunen und damit der Demokratie vor Ort. Im Rahmen des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts sollen den brandenburgischen Städten und Kommunen weitergehende Mitentscheidungs- und Mitspracherechte bzgl. der Erfüllung der Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz zugestanden werden als bisher. Die

---

<sup>32</sup> <https://www.evangelisch.de/inhalte/149891/03-05-2018/buergerasyl-fluechtlinge-abschiebung>

<sup>33</sup> <https://afd-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2022/01/4818.pdf>

Landesebene hat entsprechend zu prüfen und die Voraussetzungen diesbezüglich zu schaffen.

5. Schließung von Asylunterkünften in kleinen Gemeinden/Städten.
6. Keine Errichtung neuer Asylunterkünfte.
7. Turnhallen, Messezentren oder andere öffentliche Einrichtungen die bislang nicht für die Unterbringung von Asylanten vorgesehen sind, sind nicht für die Unterbringung von sog. Flüchtlingen umzuwidmen und zu nutzen.
8. Schaffung einer Staatszielbestimmung in Artikel 2 der Verfassung des Landes Brandenburg, dass Brandenburg kein Einwanderungsland ist. Hinwirken auf Bundesebene, Gleiches in Bundesrecht zu verankern.
9. Jährliche Überprüfung der Aktualität der Fluchtgründe von Asylberechtigten bzw. subsidiär Schutzberechtigten.
10. Wer illegal einreist und aufgegriffen wird, ist sofort in Gewahrsam zu nehmen. Ausreichende und geeignete Plätze sind schnellstmöglich so zu schaffen, dass mit ausreichendem Personal an 24 Stunden in 7 Tagen der Woche dieses sichergestellt werden kann.
11. Ein Rückführungsministerium/Ministerium für Remigration einrichten und ausreichend ausstatten.
12. Einreisenden ohne Aufenthaltstitel sind Bargeld, Geld- und Kreditkarten und Wertgegenstände einzuziehen und erst mit der Vollziehung der Abschiebung wieder auszuhändigen. Die Kosten für die vorübergehende Unterbringung, Versorgung sowie für Rückführung aufgelaufenen Aufwendungen sind einzubehalten.

13. Geldleistungen konsequent streichen und stattdessen Sachleistungen zur Verfügung stellen
14. Aufgrund des jährlich steigenden Lehrermangels und der bereits öffentlich gemachten Überlegung der Landesregierung, mehr Selbstunterricht und den Einsatz von Hilfslehrern zu erwägen<sup>34</sup>, muss, um dem Bildungsauftrag nachkommen zu können, geprüft werden, in welchem Umfang die Flüchtlingsbeschulung ausgesetzt werden kann.
15. Im Zusammenhang mit Kriminalität von Flüchtlingen darf es kein Verschweigen der Täterschaft geben. Sprachregeln, die Polizisten verpflichten, nicht mehr von Flüchtlingen, Dunkelhäutigen, illegalen Migranten o.ä. zu sprechen, verhindern das realistische Erfassen der Problemlagen. Wir brauchen Klartext.
16. Die gewährten integrativen Maßnahmen und Projekte bzgl. Asyl und Migration und deren Finanzierung sind zu überprüfen. Es braucht keine Freizeitgestalter und Animatoren für Flüchtlinge oder Beratungen zum Hierbleiben-Können mit staatlicher Alimentierung.
17. Der Landesintegrationsbeirat und die kommunalen Integrationsbeauftragten sind abzuschaffen. Die notwendigen Aufgaben, die eine tatsächliche Integration fördern, sind auf den entsprechenden Ebenen aufzunehmen statt Wunsch-Dir-Was-Programme finanziell fördern zu lassen.

**Das nicht nachvollziehbare Wirken und Handeln politischer und gesellschaftlicher Akteure, oftmals gegen den Willen der eigenen Bevölkerung und entgegen aller Prinzipien einer friedlichen und zukunftsfähigen Gesellschaft, ist lückenlos aufzuklären.**

**Deutschland und Brandenburg dürfen nicht destabilisiert werden.**

**Wir sind das letzte Bollwerk gegen eine Ersetzungseinwanderung!**

---

<sup>34</sup> [Lehrer fehlen: Brandenburg erwägt mehr Selbstunterricht und Einsatz von Hilfslehrern | rbb24](#)